

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat IV, Bürgeramt

Beteiligung:

Betreff:

Einrichtung einer Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 30. Mai 2011

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	27.01.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Ausländerrat/Migrationsrat	31.03.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	12.05.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Ausländerrat/Migrationsrat	12.05.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit die Information zur Kenntnis.

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 27.01.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 27.01.2011

2.1 Einrichtung einer Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen Informationsvorlage 0012/2011/IV

Herr Bürgermeister Erichson informiert darüber, dass der Ausländerrat / Migrationsrat zum Antrag der Fraktionsgemeinschaft Grüne/generation.hd (Anlage A 01 zur Drucksache 0012/2011/IV) Stellung genommen hat. Der Ausländerrat / Migrationsrat sieht noch erheblichen Gesprächsbedarf. Daher sollte die Vorlage in den Ausländerrat/Migrationsrat verwiesen werden. Diesen Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

gezeichnet

Wolfgang Erichson
Bürgermeister

Ergebnis: verwiesen in den Ausländerrat / Migrationsrat

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 31.03.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausländerrates / Migrationsrates vom 31.03.2011

2.1 **Einrichtung einer Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen** Informationsvorlage 0012/2011/IV

Frau Amhari weist auf die Stellungnahme des Vorstandes des Ausländerrates / Migrationsrates (Anlage A 02 zur Drucksache 0012/2011/IV) hin, in der dieser ein Interessenbekundungsverfahren zur Feststellung, ob Heidelberger Migrantenselbstorganisationen zum Aufbau einer Fachberatung bereit sind, ausdrücklich empfiehlt.

Herr Bürgermeister Erichson stellt einen aus dem ursprünglichen Sachantrag von B´90 / Grüne vom 25.01.2011 (Anlage A 01 zur Drucksache 0012/2011/IV) sowie der Stellungnahme des Ausländerrates / Migrationsrates (Anlage A 02 zur Drucksache 0012/2011/IV) entwickelten Verfahrensvorschlag der Verwaltung vor. Dieser Verfahrensvorschlag (Anlage A 03 zur Drucksache 0012/2011/IV) wird den Anwesenden schriftlich zur Kenntnis gegeben und verlesen.

Herr Bürgermeister Erichson erläutert und konkretisiert jenen Verfahrensvorschlag:

- Das Interessenbekundungsverfahren solle nicht nur Organisationen, sondern auch fachkundige Einzelpersonen einbeziehen. So wäre ein denkbare Modell, dass der Ausländerrat / Migrationsrat die Fachberatungsstelle unter Beratung einer fachkundigen Person aufbaut. Der Verwaltung liege eine Liste entsprechender fachkundiger Personen mit guten Referenzen vor, die zwischenzeitlich nach den Veröffentlichungen über das Interkulturelle Zentrum ein Interesse an einer entsprechenden Fachberatung bekundet hätten.
- Die Verwaltung nehme in Ihrem Verfahrensvorschlag die in der Anlage A 02 zur Drucksache 0012/2011/IV durch den Vorstand des Ausländerrates / Migrationsrates genannten Voraussetzungen grundsätzlich auf. Die dort genannte Voraussetzung einer „herkunftsbezogene Neutralität“ sei jedoch weder definier- noch umsetzbar, so dass die Voraussetzung eine generelle Überparteilichkeit vorgeschlagen werde.
- Zusätzlich werde vorgeschlagen, die Bereitschaft am Aufbau eines Netzwerkes der Heidelberger Migrantenselbstorganisationen - eine Forderung des Ausländerrates / Migrationsrates, die auch im Kommunalen Integrationsplan aufgenommen wurde - sowie die Kompetenz in der Gestaltung entsprechender Öffentlichkeitsarbeit (zum Beispiel Einrichtung einer Homepage) als zusätzliche Kriterien aufzunehmen.
- Eine Beratung und Entscheidung in den Sitzungen des Ausländerrates / Migrationsrates sowie des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit am 12.07.2011 darüber, welche Organisationsform mit welchem Finanzrahmen für den Aufbau einer Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen gewählt werden solle und mit welchen inhaltlichen Vorgaben und Schwerpunkten das Projekt realisiert werden könne, ermögliche eine Realisierung nach der Sommerpause. Entsprechende Finanzmittel stünden nach Haushaltsfreigabe durch das Regierungspräsidium zur Verfügung. Nunmehr stünde ausreichen Zeit bis zur Entscheidung am 12.07.2011 für eine gemeinsame Vorberatung zur Verfügung.
- Der Verfahrensvorschlag würde den Sachantrag B´90 / Grüne vom 25.01.2011 (Anlage A 01 zur Drucksache 0012/2011/IV) ersetzen.

In der anschließenden Diskussion melden sich zu Wort:

Frau Kang, Herr Bürgermeister Erichson, Frau Amhari, Herr Ehrbar, Frau Faust-Exarchos, Herr Ay, Herr Butt, Frau Terzi, Frau Martial

Folgende Punkte werden im Wesentlichen angesprochen:

- Der Ausländerrat / Migrationsrat schlägt als Organisationsform einen Trägerdachverband der Migrantenselbstorganisationen vor.
- Es wird moniert, dass der Verfahrensvorschlag kurzfristig und ohne vorheriger Absprache mit dem Ausländerrat / Migrationsrat eingebracht wird. So habe der Ausländerrat / Migrationsrat erst in der Sitzung von dem Verfahrensvorschlag erfahren und konnte sich intern nicht darüber beraten. Eine entsprechende spätere Beschlussfassung nach erfolgter interner Beratung im Gremium wird erwogen.
- Der von der Verwaltung vorgeschlagene Beschlusstermin 12.07.2011 erscheint als verfrüht, eine entsprechende Verlegung auf einen Termin nach der Sommerpause wird angeregt. Herr Erichson spricht sich hingegen dafür aus, an diesem Termin festzuhalten, um das Verfahren nicht zu verzögern, sondern unverzüglich die Rahmenbedingungen für eine zeitnahe Realisierung des Projektes zu schaffen. Die Beauftragung einer Fachperson zur Entwicklung einer Gründungsstruktur für einen Dachverband (Satzung, Organisation von Workshops, Entwicklung eines Netzwerkes) könne vorübergehend auch über einen entsprechenden Werkvertrag geregelt werden.
- Der Vorschlag, das öffentliche Interessenbekundungsverfahren gemeinsam mit dem Ausländerrat / Migrationsrat durchzuführen, stelle ein Hilfsangebot der Verwaltung an den Ausländerrat / Migrationsrat dar, kompetent und zeitnah das Verfahren (gemeinsame Abstimmung des Ausschreibungstextes, Auswertung der Bewerbungen, Verständigung auf einen gemeinsamen Vorschlag) durchzuführen.

Frau Amhari stellt den **Antrag**,

über den vorgelegten Verwaltungsvorschlag der Verwaltung zu beschließen.
--

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 17:00:05 Stimmen

Daraufhin zieht Frau Deckwart Boller den Sachantrag B'90 / Grüne vom 25.01.2011 (Anlage A 01 zur Drucksache 0012/2011/IV) zurück.

Frau Amhari stellt daraufhin folgenden **Antrag** zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Ausländer-/Migrationsrat ein öffentliches Interessenbekundungsverfahren durchzuführen, um herauszufinden, welche Organisationen und Einzelpersonen bereit wären, den Aufbau einer solchen Fachberatungsstelle als ersten Baustein eines interkulturellen Zentrums Heidelberg fachlich zu begleiten und zu unterstützen.

Dabei sollten folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Überparteilichkeit
- Moderations- und Konfliktmanagementkompetenz
- Kompetenz in der Fachberatung von Organisationen
- Erfahrung und Kenntnisse in der Akquise von staatlichen und privaten Fördermitteln
- Kompetenz in der Konzeption und Durchführung von Projekten
- Bereitschaft, ein Netzwerk der Heidelberger Migrantenselbstorganisationen aufzubauen
- Kompetenz in der Gestaltung von entsprechender Öffentlichkeitsarbeit

In ihren Sitzungen am 12.07.2011 sollen der Ausländerrat / Migrationsrat und der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit entscheiden, welche Organisationsform mit welchem Finanzrahmen für den Aufbau einer Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen gewählt werden soll und mit welchen inhaltlichen Vorgaben und Schwerpunkten das Projekt realisiert werden kann.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 17:00:05 Stimmen

Beschluss des Gremiums:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Ausländer-/Migrationsrat ein öffentliches Interessenbekundungsverfahren durchzuführen, um herauszufinden, welche Organisationen und Einzelpersonen bereit wären, den Aufbau einer solchen Fachberatungsstelle als ersten Baustein eines interkulturellen Zentrums Heidelberg fachlich zu begleiten und zu unterstützen.

Dabei sollten folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Überparteilichkeit*
- Moderations- und Konfliktmanagementkompetenz*
- Kompetenz in der Fachberatung von Organisationen*
- Erfahrung und Kenntnisse in der Akquise von staatlichen und privaten Fördermitteln*
- Kompetenz in der Konzeption und Durchführung von Projekten*
- Bereitschaft, ein Netzwerk der Heidelberger Migrantenselbstorganisationen aufzubauen*
- Kompetenz in der Gestaltung von entsprechender Öffentlichkeitsarbeit*

In ihren Sitzungen am 12.07.2011 sollen der Ausländerrat / Migrationsrat und der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit entscheiden, welche Organisationsform mit welchem Finanzrahmen für den Aufbau einer Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen gewählt werden soll und mit welchen inhaltlichen Vorgaben und Schwerpunkten das Projekt realisiert werden kann.

gezeichnet

Hülya Amhari
stellvertretende Vorsitzende

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschluss

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 12.05.2011

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 12.05.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausländerrates / Migrationsrates vom 12.05.2011

2 **Einrichtung einer Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen** Informationsvorlage 0012/2011/IV

Herr Allimadi teilt mit, Herr Erichson sowie Frau Domzig hätten in einer Rücksprache am 26.04.2011 den Vorstand über den aktuellen Sachstand informiert. Zu dieser Information wird auf Anlage 4 zur Drucksache 0012/2011/IV (1. Ergänzung zur Drucksache) verwiesen.

Frau Domzig erläutert diese Ergänzungsvorlage und beantwortet Rückfragen.

In der anschließenden Diskussion melden sich zu Wort:

Herr Allimadi, Frau Amhari, Herr Erichson, Frau Faust-Exarchos, Frau Terzi, Herr Ehrbar, Herr Miranda Araya, Frau Martial

Folgende Punkte werden im Wesentlichen angesprochen:

- Herr Bürgermeister Erichson führt an, dass hinsichtlich der Errichtung eines Interkulturellen Zentrums es einen Grundsatzbeschluss und Auftrag des Gemeinderates an die Verwaltung gebe, bis zur nächsten Haushaltsplanberatung ein Konzept vorzulegen. Hier bedürfe es einer Absprache zwischen Ausländerrat / Migrationsrat, den Migrantenselbstorganisationen sowie der Verwaltung. Hierzu werde derzeit kein Konzept erarbeitet. Vielmehr konzentriere sich die Arbeit der Verwaltung auf die Einrichtung einer Fachberatungsstelle, die die Migrantenselbstorganisationen befähigen und unterstützen sollten, sich zu organisieren, zu vernetzen und an einer Konzeptentwicklung eines späteren Interkulturellen Zentrums zu beteiligen. Die Fachberatungsstelle sei ein Baustein des Interkulturellen Zentrums.
- Es besteht Einigkeit darüber, dass die Verwaltung beauftragt wurde, zur nächsten Haushaltsberatung ein Konzept für ein Interkulturelles Zentrum als „große Lösung Variante 1“ zu erarbeiten.
- Herr Allimadi, Frau Amhari, Frau Faust-Exarchos, Frau Terzi und Herr Ehrbar gehen davon aus, dass eine Realisierung des Interkulturellen Zentrums (IZ) in der Variante 2b zum 01.01.2012 in der Weise geplant sei, dass die Fachberatung MSO integrativer Bestandteil des IZ wird.
- Herr Erichson bekräftigt, dass der Gemeinderat den Auftrag erteilt habe, allgemein und unkonkretisiert ein Konzept für ein Interkulturelles Zentrum bis zu den Haushaltsberatungen 2013/14 vorzulegen: Es bestehe vorliegend kein Unterschied zwischen kleiner und großer Lösung, sondern es gebe lediglich einen Planungsauftrag für eine große Lösung. Die Konzipierung einer Fachberatungsstelle als ersten Baustein für ein Interkulturelles Zentrum sei mit entsprechenden Haushaltsmitteln beschlossen worden. Parallel und unabhängig zur Einrichtung einer Fachberatungsstelle plane die Verwaltung in einem folgenden Schritt die Einrichtung eines Interkulturellen Zentrums. Mit der Entscheidung über den Standort einer Fachberatungsstelle sei die Entscheidung über den Standort eines Interkulturellen Zentrums noch nicht getroffen.
- Herr Allimadi merkt an, dass die Haushaltsmittel ausreichen könnten, wenn der Start der Fachberatung BIQU zusammen mit der Eröffnung des Interkulturellen Zentrums 2012 erfolgen würde.

Nachdem über den Inhalt der gegenwärtigen Beschlusslage keine Einigung erzielt werden kann, schlagen Frau Amhari und Herr Ehrbar vor, die Diskussion im Plenum zu beenden, sondern intern in den Kommissionen und Fraktionen weiterzuführen.

Herr Bürgermeister Erichson erklärt daraufhin, dass er die Vorlage zurückziehe.

gezeichnet
Michael Mwa Allimadi
Vorsitzender

Ergebnis: zurückgezogen

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Bürger/Bürgerinnenbeteiligung und Dialogkultur fördern
QU 6	+	Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/Innen als gleichberechtigte Bürger/Innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen
SOZ 1,2	+	Ausgrenzung verhindern, Diskriminierung vorbeugen
KU 1,2	+	Kommunikation und Begegnung fördern, Kulturelle Vielfalt unterstützen
DW 4	+	Integration und interkulturelle Handlungsansätze fördern

Begründung:
Im Rahmen des Bundesmodellprojekts „Freiwilligendienste aller Generationen“ soll ein Konzept für eine Informationsplattform entstehen, die die Möglichkeit zur Information, zum Austausch und zur Kommunikation im Bereich der Integration und Zuwanderung in Heidelberg intensiviert und die Vernetzung unter den Akteuren zur Erreichung der o.g. Ziele fördert. Darüber hinaus ist die Einrichtung einer Fachberatung geplant, die der Vermittlung von Informationen und Unterstützung und Qualifizierung der Migrantenselbstorganisationen dient.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

Die Gemeinderatsfraktionen der SPD sowie der GAL/HD P&E beantragten am 16.11.2010 die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Einrichtung einer Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen“ sowie die Zuziehung der Herren Rolf Graser vom Forum der Kulturen Stuttgart und Ralf Baumgarth vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband für die Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit.

Der Ausländerrat/Migrationsrat hat bereits in seiner Stellungnahme zum Kommunalen Integrationsplan (KIP) bei Ziffer 5.4 als Ergänzungswunsch zum vorliegenden Entwurf als neues Ziel formuliert:

„Fachberatung und Bildungsangebote für Migrantenselbstorganisationen (MSO), um Migrantinnen und Migranten als Akteure im Heidelberger Integrationsnetzwerk zu stärken“.

Inhaltlich soll dieses Ziel folgende Maßnahmen einschließen:

- Vermittlung von Informationen an MSO über aktuelle Ausschreibungen, Kampagnen und Initiativen
- Unterstützung beim Antragsverfahren bzw. bei der Interessensbekundung
- Hilfestellung bei Raumanfragen für Angebote und Veranstaltungen der MSO
- Fundraising
- Öffentlichkeitsarbeit
- Qualifizierungsangebote zur Vereinsführung/ Mittelakquise / Öffentlichkeitsarbeit/ Eventmanagement
- Weiterentwicklung des Informationsportals (s. Beschluss des AMR vom 20.10.2010)
- Moderation eines Forums für MSO in Kooperation mit dem AMR

Hinsichtlich der Einrichtung einer solchen Fachberatungsstelle, die konkret als persönliche Anlaufstelle für Betroffene und Ratsuchende gedacht ist, führte der Ausländerrat/ Migrationsrat mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband in Heidelberg Gespräche, da der Paritätische zum einen auf Bundesebene mit dem Projekt „Integration durch Partizipation – Förderung des interkulturellen Dialogs, Qualifizierung von Migrantenselbstorganisationen“ seit 2009 Qualifizierungs- und Beratungsangebote für Mitglieder von MSO anbietet, zum anderen seit dem Jahr 2000 im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen auch eine Fachberatung für Migrantenselbstorganisationen organisiert.

Vor diesem Hintergrund wurde Herr Ralf Baumgarth vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband zur Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates am 14.12.2010 zugezogen, um über die Erkenntnisse und Erfahrungen zu diesem Thema zu berichten.

Gleiches gilt für Herrn Rolf Graser vom Forum der Kulturen in Stuttgart e.V., dem Dachverband der Migrantenkulturvereine und interkulturellen Einrichtungen in Stuttgart, der ebenfalls über die dortigen Erfahrungen berichtete (Vorlage 0027/2010/BV_AMR).

Der Wunsch des AMR fließt neben weiteren Anregungen und Vorschlägen außerdem in eine Ergänzungsvorlage zum Kommunalen Integrationsplan ein und ist im Rahmen der Beratungsfolge von den gemeinderätlichen Gremien noch zu diskutieren. Der Intention des Antrages der SPD und GAL/HD P&E auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Einrichtung einer Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen“ ist also durch die Behandlung des Themas im Rahmen dieser Ergänzungsvorlage zum KIP in der Sitzung des AIC am 11.01.2011 bereits entsprochen worden. Dort ist dieses Projekt einstimmig in den Kommunalen Integrationsplan übernommen worden.

Ein weiteres Projekt des AMR wurde mit dem Beschluss zur „Erstellung von Modulen eines Informationsportals zum Thema Integration mit dem Schwerpunkt bürgerschaftliches /freiwilliges Engagement von Migrantenselbstorganisationen“ in der Sitzung am 20.10.2010 auf den Weg gebracht.

Im Rahmen eines Tandemprojekts mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband bzw. der Freiwilligenbörse Heidelberg wurden Ko-Finanzierungsmittel für das Haushaltsjahr 2010 in Höhe von Euro 2.000,00 und für das Haushaltsjahr 2011 (vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2011/2012 durch den Gemeinderat und der Genehmigung des Haushaltsplanes durch das Regierungspräsidium) in Höhe von Euro 4.000,00 aus dem Budget des AMR bereitgestellt (Drucksache 0021/2010/BV_AMR).

Im Rahmen des Bundesmodellprojekts „Freiwilligendienste aller Generationen“ soll eine Internet-Plattform entstehen, die die Möglichkeit zur Information, zum Austausch und zur Kommunikation im Bereich der Integration und Zuwanderung in Heidelberg intensiviert und die Vernetzung unter den Akteuren fördert. Damit wird den Migrantenselbstorganisationen als wichtigen Partnern und Akteuren in der Integrationsarbeit ein Forum angeboten, in dem sie sich präsentieren, aber auch über Beiträge und Informationen zur Integration kundig machen können. Ziel des Projekts ist es, mehr Transparenz in die Heidelberger Integrationsarbeit zu bringen.

Sollte in der weiteren Beratung der Aufbau einer Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen beschlossen werden, könnte das vom Ausländerrat/Migrationsrat und dem deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband aufgebaute Internetportal dort weiterentwickelt werden. Dies könnten die ersten Schritte zur Realisierung eines Interkulturellen Zentrums sein.

gezeichnet

Wolfgang Erichson

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Sachantrag B'90/Grüne vom 25.01.2011
A 02	Stellungnahme des AMR-Vorstandes
A 03	Verfahrensvorschlag Verwaltung AMR 31.03.2011
A04	1. Ergänzung mit Datum vom 28.04.2011